



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Verkehrsausschuss	09.11.2010	
Wirtschaftsausschuss	22.11.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer**

**hier: Anfrage der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.09.2010, TOP 1.7**

Der Express Köln hat aktuell berichtet, dass Köln laut ADAC die „autofeindlichste Stadt Deutschlands“ sei. Veraltete Ampelanlagen, absoluter Vorrang für Busse und Bahnen und vermeintlicher „Stau-Wahnsinn“ seien Beleg dafür.

Vor diesem Hintergrund stellen sich für die SPD-Fraktion folgende Fragen, um die Diskussion zu versachlichen und den seit einigen Jahren erfolgreich eingeschlagenen Weg der „Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer (Auto, Radfahrer, Fußgänger, ÖPNV)“ in der Kölner Verkehrspolitik fortzusetzen:

#### Frage 1:

Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e.V. (ADAC) ist Deutschlands größter Verkehrsclub und vertritt die Interessen deutscher Auto- und Motorradfahrer. Insoweit verwundert seine Parteinahme für den motorisierten Individualverkehr nicht. Ist seine Behauptung in Bezug auf Köln anhand von objektiven Daten im interkommunalen Vergleich nachvollziehbar?

#### **Antwort der Verwaltung:**

Die Verwaltung hat den ADAC angeschrieben. Das Antwortschreiben ist als Anlage 1 beigefügt.

Frage 2:

Gibt es Belege dafür, dass in Köln in den letzten drei Jahren bewusst einseitig nachteilige Beschlüsse zu Lasten der Autofahrer gefasst wurden? Sollte es solche Entscheidungen gegeben haben, welche anderen - möglicherweise gleichrangigen - Ziele verfolgten diese?

**Antwort der Verwaltung:**

Der Verkehrsausschuss hat zwischen dem 14.08.2007 und dem 26.06.2010 140 Beschlüsse gefasst. Davon wurden 122 Beschlüsse einstimmig gefasst. Das entspricht einer Quote von 87%. Lediglich 9 Beschlüsse wurden gegen eine oder mehrere Parteien mehrheitlich beschlossen. Es handelt sich um folgende Beschlüsse:

- Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba (11.09.2007)
- Zukünftige Verkehrsführung des Chlodwigplatzes im Bereich zwischen Severinstorburg und dem Kreisverkehr Chlodwigplatz (27.11.2007)
- Sachstand Internet-Service „Pendlernetz.de“ (28.10.2008)
- Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; hier: Beschaffung von 61 Parkscheinautomaten (28.10.2008)
- Antrag der FDP-Fraktion vom 04.11.2008 betreffend Autobahnschilder Weltkulturerbe Kölner Dom (02.12.2008)
- Autofreier Tag 2009; hier: Straßensperrungen in der Innenstadt (21.04.2009)
- Sperrung Drehbrücke – Deutzer Hafen (19.01.2010)
- Car-Sharing Plätze im öffentlichen Raum (19.01.2010)
- Programm Umgestaltung Ringe (11.05.2010)

Die Bilanz zeigt einerseits sehr deutlich, dass bei der weitaus überwiegenden Zahl der Beschlüsse Einstimmigkeit herrscht. Es wird um gute Lösungen gerungen aber auch immer ein gemeinsamer Weg gesucht. In einigen wenigen Fällen gelingt es nicht, eine einheitliche Meinung herzustellen. Insofern gibt es nach Ansicht der Verwaltung keine Belege dafür, dass bewusst einseitig nachteilige Beschlüsse zu Lasten einer Gruppe gefasst werden.

Frage 3:

Welches sind aus Sicht der Verwaltung die dringendsten Problemfelder, um die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer in Köln zu erreichen?

**Antwort der Verwaltung:**

Köln zeichnet sich dadurch aus, dass es einer der wichtigen verkehrlichen Kreuzungspunkte in Westeuropa ist. Das betrifft alle Verkehrsträger vom Schiff über die Schiene bis hin zum Kraftfahrzeugverkehr. Dies führt zu einer sehr hohen Verkehrsdichte (der östliche Abschnitt des Autobahnringes gehört z. B. zu den höchst belasteten Autobahnabschnitten

in Europa überhaupt). Auf der anderen Seite ist Köln eine Stadt mit einer langen bürgerlichen Tradition. Daher sind die Straßenräume innerhalb der Stadt Köln sehr eng bemessen. Glücklicherweise gehört Köln noch zu den Städten, die langsam aber kontinuierlich wachsen. Das bedeutet, die Attraktivität dieser Stadt ist sehr hoch.

Es ist auch heute noch so, dass der Kraftfahrzeugverkehr einen sehr großen Anteil des Verkehrsgeschehens ausmacht. Er ist für die Funktionsfähigkeit einer Stadt nach wie vor von großer Bedeutung. Dieser hohe Anteil führt auch dazu, dass negative Erscheinungen, wie erhöhte Abgasimmissionen, hoher Lärmpegel oder aber auch Stauerscheinungen auftreten können. Daher ist es erforderlich, vielschichtig zu denken und zu agieren.

Die Förderung alternativer Verkehrsmittel, wie Fußgänger, Radfahrer und öffentlicher Personennahverkehr führt im Ergebnis dazu, dass der Kraftfahrzeugverkehr langsam aber kontinuierlich abnimmt. Es ist daneben erforderlich, Straßenum- und ausbauten punktuell auch im Sinne des Kraftfahrzeugverkehrs vorzunehmen, um Problempunkte, die trotz dieser Entwicklung bestehen bleiben, abzubauen. Darüber hinaus erfordern zusätzliche Erschließungen (wie z. B. der Rheinauhafen) Veränderungen im Straßennetz. Ziel ist es auch, alle verkehrstechnischen Möglichkeiten zur Steuerung und Beeinflussung des Verkehrsverhaltens zu nutzen, um die Gesamtsituation zu optimieren. Hier spielt neben der Signalanlagensteuerung das Verkehrsmanagement eine bedeutende Rolle. Mit Mobil-im-Rheinland ist hier ein Verkehrsträger und Gemeindegrenzen überschreitender Ansatz entwickelt worden, der europaweit beachtet wird. Es ist kurzfristig beabsichtigt, mit dem Verkehrskalender Köln noch zielgerichteter und klarer über Verkehrsverhältnisse in Köln zu informieren. Durch die zurzeit in Bearbeitung befindlichen übergeordneten Planungswerke, wie das Stadtentwicklungskonzept Verkehr, das Lkw-Führungskonzept und das Erneuerungsprogramm Lichtsignalanlagen werden neue Impulse gesetzt.

#### Zusätzliche Frage des RM Möring:

Wurden in der letzten Zeit bezüglich der Vorrangschaltungen des ÖPNV über das notwendige Maß hinaus Maßnahmen ergriffen?

#### **Antwort der Verwaltung:**

Die Vorrangschaltungen des ÖPNV werden in jedem Einzelfall zwischen KVB und Verwaltung abgestimmt. Somit ist sichergestellt, dass keine Verkehrsteilnehmer übermäßig benachteiligt werden.

gez. Streitberger